

Absender:

--

Amtsgericht Oldenburg (Oldb)
Justizservice
Elisabethstraße 8
26135 Oldenburg (Oldb)

WICHTIG!

Dieser Antrag kann **nur** in Verbindung mit einem **Termin im Justizservice** gestellt werden.

Falls d. Antragsgegner/-in Ihre aktuelle Adresse nicht kennt, kann diese im Verfahren geheim gehalten werden. Legen Sie in diesem Fall ein gesondertes Blatt, das Ihre persönlichen Daten enthält, Ihrem Antrag bei und streichen Sie den nachfolgenden Kasten durch.

Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz

Antragsteller/in:

Anrede	
Name:	Vorname:
geb. am	Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer	
PLZ, Wohnort	
Gegenwärtiger Aufenthalt (falls vom Wohnort abweichend)	
Telefon	

gegen

Antragsgegner/in:

Anrede	
Name:	Vorname:
geb. am	Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer	
PLZ, Wohnort	
Gegenwärtiger Aufenthalt (falls vom Wohnort abweichend)	
Telefon	

- ☐ Durch einstweilige Anordnung soll gemäß **§ 2 Gewaltschutzgesetz** (GewSchG) bestimmt werden, dass der Antragsgegner vorläufig die gemeinsam genutzte Wohnung in

dem Antragsteller sofort zur alleinigen Benutzung zu überlassen, die Wohnung sofort zu verlassen und dass der Antragsgegner dem Antragsteller sämtliche zur Wohnung gehörende Schlüssel herauszugeben hat.

- ☐ Dem Antragsgegner wird untersagt, das Mietverhältnis über die Wohnung in
zu kündigen.

Durch einstweilige Anordnung soll gemäß **§ 1 Gewaltschutzgesetz** (GewSchG) bestimmt werden, dass der Antragsgegner es vorläufig zu unterlassen hat, die Wohnung des Antragstellers in

zu betreten und sich im Umkreis von 100 Metern der Wohnung d. Antragstellers aufzuhalten (nicht anzugeben, wenn d. Antragsgegner/-in Ihre aktuelle Adresse nicht kennt und nicht erfahren soll).

sich der Arbeitsstelle des Antragstellerin in

auf eine Entfernung weniger als 100 Meter zu nähern,
(nicht anzugeben, wenn d. Antragsgegner/-in Ihre aktuelle Adresse nicht kennt und nicht erfahren soll)

den Antragsteller vor dem Kindergarten/der Schule/Berufsschule/

in aufzusuchen,

in irgendeiner Form Kontakt zum Antragsteller aufzunehmen, auch unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln. Im Einzelnen wird dem Antragsgegner untersagt: den Antragsteller anzurufen, anzusprechen, SMS zu senden, E-Mails zu senden, über soziale Netzwerke (Facebook, WhatsApp usw.) zu kontaktieren,

ein Zusammentreffen mit dem Antragsteller herbeizuführen und sich dem Antragsteller weniger als 100 Meter zu nähern. Sollte es zu einem zufälligen Zusammentreffen kommen, hat sich der Antragsgegner unverzüglich zu entfernen,

den Antragsteller zu bedrohen, zu verletzen, sonst körperlich zu misshandeln oder zu demütigen.

- ☐ Dem Antragsgegner wird für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die vorstehend aufgeführten Unterlassungsverpflichtungen die Festsetzung von Ordnungsgeld bis zur Höhe von 250.000,00 €, ersatzweise für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft von bis zu 6 Monaten, angedroht.

Der Antragsgegner trägt die Kosten des Verfahrens.

Gründe für meinen Antrag:

- ☐ Zur Schilderung des aktuellen Vorfalls verweise ich auf die beigefügte Anlage.

- ☐ Ich habe am Anzeige bei der Polizei wegen
erstattet. Diese betrifft den aktuellen Vorfall.
Die Vorgangsnummer lautet:

☐ Die Polizei hat ein **Kontaktverbot** gegenüber dem Antragsgegner/in wegen des aktuellen Vorfalls ausgesprochen.

☐ JA, bis zum _____ NEIN.

☐ Die Polizei hat ein **Betreutungsverbot/ Platzverweis** der Wohnung für den Antragsgegner/ in wegen des aktuellen Vorfalls ausgesprochen.

☐ JA, bis zum _____ ☐ NEIN.

☐ Ich lebe mit dem Antragsgegner/in dauerhaft zusammen.

JA, seit dem _____ NEIN.

☐ JA, aber seit dem _____ nicht mehr.

☐ Der Mietvertrag der gemeinsam genutzten Wohnung / Haus läuft auf

☐ Eigentümer der gemeinsam genutzten Wohnung / Haus ist

Die Parteien sind _____ verheiratet _____ getrennt seit dem _____

☐ **Vor dem nachfolgend geschilderten konkreten Vorfall**

gab es bereits Probleme.

Der Antragsgegner/ in hat mich in der Vergangenheit

☐ geschlagen Wann:

Wie häufig:

Verletzungen:

☐ Bedroht/
belästigt

Wann:

Wie häufig:

Art der
Bedrohung/
welche Worte:

Feld zur Niederschrift der Gründe (aktueller Vorfall, ausführlich in ganzen Sätzen):

Wann fand der aktuelle Vorfall statt:

Wo und wie fand er statt?

Wie sieht die aktuelle Belästigung aus? – bitte genau schildern –

(z.B. körperliche Gewalt durch Schlagen womit wohin, durch Boxen, Schubsen wogegen usw., werfen mit welchen Gegenständen; verbale Bedrohung mündlich oder/ und in Form von SMS, Telefon usw. mit welchem Inhalt, Beleidigungen mit welchem Inhalt usw.)

☐ Ich reiche folgende Anlagen als Beweis ein:

☐ Ärztliches Attest vom

Ich beantrage weiter, mir für dieses Verfahren, einschließlich der Zustellung, Verfahrenskostenhilfe zu bewilligen. Der Antrag wird jedoch nicht von der Bewilligung der Verfahrenskostenhilfe abhängig gemacht.

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist beigelegt bzw. wird nachgereicht.

Die Voraussetzungen für die Bewilligung der Verfahrenskostenhilfe ergeben sich aus dem anliegenden Vordruck über die wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse (§§ 76 Abs. 1 FamFG, 114 ZPO).

Es wird ein Dolmetscher für eine/beide Partei/-en benötigt. Sprache:

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben, soweit nicht durch beigelegte Belege glaubhaft gemacht, versichere ich an Eides statt, nachdem ich über die Bedeutung und über die strafrechtlichen Folgen einer vorsätzlich oder fahrlässig falsch abgegebenen eidesstattlichen Versicherung belehrt worden bin.

Ort, Datum, Unterschrift